

Historisches Kleinod Friedhof Hochmutting erhalten!

In der Gemeinderatssitzung am 30.06.2020 wurde von einer privaten Firma ein Konzept für ein gewerblich betriebenes Krematorium für den Großraum München auf unserem Friedhof vorgestellt. In der Amtszeit von Bürgermeisterin Ziegler wurde eine ähnliche Planung eines lokalen Bestatters vom Gemeinderat abgelehnt. Nachdem in unserer Gemeinde gegenwärtig bereits eine Diskussion über das Für und Wider eines Krematoriums stattfindet möchten wir ausführlich auf die Folgen einer solchen Planung eingehen.

Gebaut werden soll ein etwa 1200 Quadratmeter großes Krematorium mit Trauerraum und Cafeteria auf dem bestehenden Friedhofsgelände oder angrenzend im Norden davon (Plan S.2). Ein Urnengarten als „regionaler Beisetzungsort“, also nicht nur für Oberschleißheim, käme hinzu. Die Anlage würde im Landschaftsschutzgebiet liegen. Zur Realisierung müssten große Flächen unseres Friedhofs an den Betreiber verkauft oder langfristig verpachtet werden. Die mit 3000 Einäscherungen jährlich große Anzahl zeigt, dass das mit dem Bedarf unserer Gemeinde nichts zu tun hat. In Oberschleißheim gibt es pro Jahr etwa 100 Bestattungen. 2019 fanden in Hochmutting 61 Urnenbeisetzungen und 36 Erdbestattungen mit Sarg statt. Von 3000 vorgesehenen Einäscherungen würden mit 61 also nur etwa 2 Prozent auf Oberschleißheimer Todesfälle entfallen.

Die Landeshauptstadt München hat im März 2020 den Neubau des kommunalen Krematoriums am Ostfriedhof beschlossen, das bereits 2022 in Betrieb gehen wird. Die Anzahl der in München jährlich maximal möglichen Einäscherungen steigt von 8000 auf 11.300, Engpässe bei den Feuerbestattungen sind folglich zukünftig nicht zu

erwarten.

Dass ein Investor, der unserer Gemeinde einen Gewerbebetrieb schmackhaft machen will, mögliche Vorteile herausstellt und Nachteile „vergisst“, ist nicht weiter überraschend. So werden in der Hochglanzbroschüre für die geplante Anlage zwar die nur „ca. 4-5 Fahrzeugbewegungen pro Tag“ durch Bestatter angegeben. Nicht thematisiert wird das eigentliche Problem - die Verkehrsflut, die durch die An- und Abreise der Trauergäste zu Einäscherungen, Trauerfeiern und Urnenbeisetzungen zu erwarten ist.

Bei 3000 Einäscherungen im Jahr müssten die Betreiber pro Woche 58 Termine ansetzen. Das wären werktäglich elf bis zwölf, mit Wochenendbetrieb etwa acht. Das uns als Referenz vorgestellte Krematorium Stade hat tägliche Öffnungszeiten von 06:30 bis 20:00 Uhr. In vielen Fällen kommen die Trauergäste vor der Einäscherung zu einer Trauerfeier im Trauerraum des Krematoriums zusammen, der Platz für etwa 60 bis 70 Personen bietet; auf Wunsch auch mit anschließenden

der Zusammenkunft in der Cafeteria. Die weitaus meisten Trauernden werden mit dem eigenen Pkw an- und abreisen, weil eine regelmäßige Anbindung von Hochmutting mit dem ÖPNV nicht existiert. Zu erwarten sind also viele Tausend Verkehrsbewegungen, die den ökologisch sensiblen Bereich mit Lärm, Abgasen und der Gefährdung von Radfahrern, Freizeit-

Fortsetzung. s.S. 2



sportlern und Fußgängern entwerten. Auch die Verkehrserschließung muss bedacht werden, wird aber nicht genauer thematisiert. „Der historische Friedhof unmittelbar an der Autobahnausfahrt der A99 und wenige Meter von der Bundesstraße B13 böte als Standort „ideale Voraussetzungen“, betonte einer der Interessenten vor dem Gemeinderat - wohl wissend, dass eine Verkehrsflut rings um unseren Friedhof zu erwarten ist und nicht einige wenige An- und Abfahrten durch Bestatter. Vielmehr werden zu vielen Trauerfeiern viele Besucher kommen. Die Trauerhalle soll für 60-70 Personen ausgelegt werden. Dieser zu erwartende Verkehr wird auf der Münchner Allee und dem Königs-

Nach dem brandneuen Fahrradkonzept unserer Gemeinde wird die Verbindung über die Münchner Allee, vorbei am Friedhof Hochmutting nach Neuherberg und München zur Hauptroute für den Fahrradverkehr ausgebaut und damit aufgewertet. Gleichzeitig würden die Akzeptanz dieser Strecke und die Verbesserung ihrer Qualität durch eine massive zusätzliche Verkehrsbelastung mit Kraftfahrzeugen wieder zunichte gemacht.

Als finanziellen Vorteil stellt der Investor heraus, dass bei einer Realisierung des Krematoriums „keine Investitionen in die sanierungsbedürftige Leichenhalle“ mehr anfallen würden und damit „eine Ersparnis von 1,5 Mio. Euro“

erzielt werden könne. Allerdings gibt es gegenwärtig keinerlei Planungen für eine größere Sanierung oder den Neubau der Leichenhalle in unserer Verwaltung, daher auch keine belastbaren Kostenschätzungen.

Die Einsparung von 1,5 Mio. Euro hat sich der Investor offensichtlich „aus

den Fingern gesogen“. Schäden an der Bausubstanz, die einen Abriss unserer Leichenhalle rechtfertigen würden, sind im Gemeinderat nicht bekannt. Für eine würdevolle Bestattung und Trauerfeiern steht uns in Kürze die mit viel Aufwand und Einsatz restaurierte St. Jakobuskapelle zur Verfügung. Einen neuen Trauerraum brauchen wir für Oberschleißheim also nicht, wir haben eine einmalig schöne Örtlichkeit, auf die wir sehr stolz sind.

Es bleibt zu klären, ob wir unseren historischen Friedhof, der im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet liegt, für unsere Bürgerinnen und Bürger in Oberschleißheim erhalten wollen. Die Alternative ist, daraus einen auf Gewinnerzielung ausgelegten privaten Gewerbebetrieb zu machen, der die Dienstleistungen Einäscherung, Trauerfeier, Tagescafé und Urnenbeisetzung für den Großraum München und darüber hinaus anbietet.

Auch in einem weiteren wichtigen Punkt würden wir uns völlig unglaubwürdig machen und unsere Rechtsposition in der Auseinandersetzung mit dem Freistaat ohne Not schwächen: Oberschleißheim kämpft seit Jahren vehement gegen die geplante Ansiedlung der Hubschrauberstaffel

der Bayerischen Polizei. Nach Ansicht unserer Gemeinde droht eine weitere Belastung des wichtigen Naherholungsgebietes im Bereich unseres Flugplatzes sowie des Landschaftsschutzgebietes Münchner Norden und der nach EU-Recht besonders geschützten Flora und Fauna Habitat (FFH)-Flächen im Bereich Hochmutting durch Fluglärm. Und jetzt sollen wir uns tausende von Pkw in diesen ökologisch sensiblen Bereich ziehen und ihn mit Lärm, Abgasen und die Gefährdung von Radfahrern, Freizeitsportlern und Fußgängern entwerten? Sollte der Gemeinderat mehrheitlich den Bau eines Krematoriums beschließen, wäre ein Bürgerbegehren mit Bürgerentscheid der richtige Weg, um unsere Bürgerinnen und Bürger in diese wichtige Entscheidung angemessen mit einzubinden.

Elisabeth Ziegler
Vorsitzende Förderverein St. Jakobus

Erich Elsner
Gemeinderat

Peter Lemmen

Urlaub in Schleißheim

Für viele stellte sich in diesem Jahr im Kontext der Sommerferien dringlicher denn je die Frage: Wohin fahren wir in den Urlaub? Coronabedingt fielen bekanntlich viele Reiseziele flach. Somit strömten die Menschen aus der Region München scharenweise gen Süden - in die Berge oder an die dortigen Seen, die innerhalb kurzer Zeit überlaufen waren. Warum also in die Ferne schweifen?

Manchmal erkennt man den Reiz des scheinbar Bekannten und möchte ständig Neues kennenlernen. Doch wer sich in diesem Jahr für einen Urlaub in und rund um Oberschleißheim entschieden hat, der hat eine mehr als gute Wahl getroffen: Spaziergänge durch den Schlosspark, rund um die Flugwerft radeln, eine Fitness-einheit am Trimm-Dich-Pfad im Bergwald absolvieren, mit den Füßen den Sand an der Regattaanlage spüren oder mit dem Schlauchbott über den Regattabadese schippern etc. Es gibt hier zahlreiche Möglichkeiten, schöne Tage mit der Familie zu verbringen und Abstand vom Alltag zu bekommen. Diese sollte man unbedingt auch in den Phasen nutzen, in denen uns es der Terminkalender scheinbar unmöglich macht, einmal durchzuatmen.

Maximilian Weiß
Vorsitzender SPD Ortsverein



strasserl nicht möglich sein und darum dort einen angemessenen Straßenbau erfordern. Die schöne Birkenallee, auf der Begegnungen zweier PKW derzeit nur sehr schwer möglich sind, dahin! Der Parkplatz wird für die zu erwartende Spitzenbelastung (mindestens die Fahrzeuge zweier Trauerfeiern) ausgelegt werden müssen. Insgesamt würde das Krematorium mit Parkplatz, Straßenbau und dem Verkehr durch meist auswärtige Trauergäste den Charakter unseres Friedhofs und des Weges zwischen der Einmündung von der Staatsstraße bis zum Friedhof völlig verändern.

Oberschleißheim und das Landratsamt München versuchen seit Jahren gemeinsam, die rücksichtslose illegale Nutzung von besonders geschützten Flächen im Bereich des Flughafens für gewerbliche Zwecke - wie eine Bauschuttdeponie oder einen nicht genehmigten LKW-Abstellplatz - mit allen rechtlichen Mitteln zu verhindern oder rückgängig zu machen. Die Genehmigung eines Krematoriums als privaten Gewerbebetrieb in Hochmutting würde einen Präzedenzfall für die Zulässigkeit privater gewerblicher Nutzungen im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet auf dem Flughafen Gelände schaffen.

Bericht aus dem Gemeinderat

Haushaltslage

Durch die coronabedingten Einnahmeausfälle mussten einige Investitionen und Verwaltungsausgaben geschoben oder gestrichen werden. Derzeit kann nur spekuliert werden, inwieweit diese Einnahmeausfälle sich auf die nächsten Jahre auswirken werden. Die SPD-Fraktion wird in zukünftigen Haushaltsberatungen wie bisher ein Hauptaugenmerk darauf legen, dass die Gemeinde möglichst nicht bei den Sozialausgaben, bei den Einrichtungen für unsere Kinder und Jugendlichen und bei den Sporteinrichtungen spart, sondern in anderen Bereichen, insbesondere bei Prestigeprojekten.

Ortsmitte – neue Planung

Im Juli wurden im Gemeinderat die neuen Pläne für die beiden Gebäude in der Ortsmitte (bisher REWE und Gaststätte) vorgestellt. In beiden Gebäuden sind nun neben der gewerblichen Nutzung im Erdgeschoss Wohnungen in fünf darüberliegenden Stockwerken geplant. Insgesamt ergibt sich nach Ansicht der SPD-Fraktion eine Planung, die sich in unsere Ortsmitte einfügen wird. Wir hoffen, dass die Umsetzung dieser Planung nun zeitnah realisiert werden kann, da die derzeitige Situation in der Ortsmitte alles andere als befriedigend ist.

Radunterführung

Im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts hat sich der Gemeinderat mehrheitlich für eine Planung einer Rad- und Fußgängerunterführung unter der Bahnlinie im südlichen Ortsbereich ausgesprochen. Diese könnte dann Teil einer Ost-West-Radverbindung durch den Ort sein. Eine solche Unterführung ist unabhängig davon, wann das Straßenbauamt mit der Überprüfung beginnt, ob eine Beseitigung des Bahnübergangs der B 471 überhaupt machbar ist und damit hoffentlich schneller realisierbar.

Bebauung Kreuzacker

Im Juni hat der Bau- und Werkausschuss beschlossen, die Bebauungsplanentwürfe für die beiden zu bebauenden Grundstücke für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden freizugeben. Dabei hat sich herausgestellt, dass eine Überplanung des gesamten Areals einfacher umzusetzen wäre. Da diese jedoch am Widerstand eines Grundstückseigentümers scheitert und neuer Wohnraum dringend notwendig ist, spricht sich die SPD-Fraktion für die Umsetzung der vorliegenden Planung aus.

Baulandentwicklung Mittenheim

Für die vier in Mittenheim vom Katholischen Männerfürsorgeverein geplanten Bauquartiere wird derzeit eines als Musterquartier vertieft geplant, um zu einer baulichen Gestaltung zu finden, auftretende Problematiken wie beispielsweise die Grundwassersituation zu lösen und ein Gestaltungsziel für die weiteren Quartiere festzulegen.

SPD-Antrag zum Lastenradverleih

Die Gemeinde hat sich für ein Modellprojekt des Freistaats Bayern beworben, um den SPD-Antrag zum Lastenradverleih umsetzen zu können. Leider ist aus Oberbayern nur Freising zum Zuge gekommen. Die SPD-Fraktion wird weiter auf eine Umsetzung ihres Antrags dringen. Gegebenenfalls können hierzu bei dem angesprochenen Modellprojekt gewonnene Erkenntnisse genutzt werden.

Florian Spirkel
Sprecher der SPD Fraktion

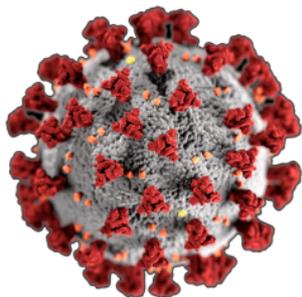


Radltour quer durch Oberschleißheim

Bei der kommunalpolitischen Radltour der SPD wurden markante Punkte der Ortspolitik besichtigt und an den jeweiligen Stellen ausführlich von Fraktionssprecher Florian Spirkel und dem 2. Bürgermeister Harald Müller aus dem Gemeinderat berichtet. Die teilnehmenden Bürger*innen stellten eifrig Fragen.

Themen waren unter anderem... - die Neugestaltung der Ortsmitte - das Neubaugebiet Kreuzacker - die Ansiedlung von Gewerbe an der B471 - der Ausbau der Radwege - die Ansiedlung eines Krematoriums in Hochmutting.

Aktiv gegen Corona statt Schaufensterpolitik – oder was sind uns unsere Kinder wert?



Erinnern wir uns doch einmal an das Frühjahr zurück – an den Beginn der Corona-Krise: An eine Zeit, als wir noch nicht so richtig wussten, was uns erwarten wird. Es hieß, wir wären gut vorbereitet. Nach kurzer Zeit und ansteigender Infektionsrate beklagten die ersten PflegerInnen und ÄrztInnen fehlende Ausstattung mit Schutzmasken. Es waren nicht einmal genügend Schutzmasken für medizinisches Personal im direkten Kontakt mit Infizierten vorhanden. In der medialen Diskussion wurde die Wirksamkeit von Schutzmasken für Privatpersonen angezweifelt. Die Infektionszahlen stiegen trotz vermehrter Desinfektion dramatisch an, aber erst als Bürger und Bürgerinnen aktiv wurden und privat Masken nähten, änderte sich die Einstellung zu den Masken. Dann wurde auch die Beschaffung von Masken aus China medial zelebriert. Heute sind die Masken verpflichtend vorgeschrieben! Wirklich funktioniert hat in der Anfangszeit die gemeinsame Abstimmung von Bund und Ländern bei den ordnungspolitischen Maßnahmen. Einschränkungen und Kontaktverbote haben schließlich auch die Infektionen erfolgreich zurückgefahren. Bis heute ist der Fokus hauptsächlich auf den ordnungspolitischen Maßnahmen. Nach dem Bruch der Gemeinsamkeit hat ein Wettbewerb der MinisterpräsidentInnen bezüglich der Lockerungen von Schutzmaßnahmen eingesetzt. Bayern ist ordnungspolitisch weiterhin

stark – ja! Die höchsten Strafen, die meisten Einschränkungen, und trotzdem, bezogen auf die Einwohnerzahl, die höchste Infektionsrate und die meisten Toten aller Bundesländer. Wirksame operative Maßnahmen und tragfähige Konzepte sind schwer erkennbar. Man will die Menschen beschützen, statt die Kraft und die Kreativität der BürgerInnen zu nutzen, endlich gemeinsam das Richtige zu tun.

Die Ferien gehen zu Ende und die kalte Jahreszeit mit zunehmenden Infektionen und eingeschränkten Möglichkeiten, die Klassenräume zu lüften, steht unmittelbar bevor. In dieser brisanten Situation müssen alle Aktivitäten darauf gerichtet werden, den Regelunterricht als Präsenzunterricht ohne Einschränkungen zu ermöglichen und den Betrieb der Kitas sicherzustellen. Der eingeschränkte Besuch von Kitas und Schulen und das hohe Risiko einer Infektion stellen eine erhebliche Belastung und Gefahr für unsere Kinder, das Schulpersonal und die Eltern dar. Die immer größer werdende Schere zwischen gut versorgten und behüteten Kindern und Kindern in prekären Lebenssituationen sorgt zunehmend für sozialen Sprengstoff. Die negativen Folgen für unsere Wirtschaft und die Gesellschaft sind unabsehbar.

Die bayrische Staatsregierung propagiert „Präsenzunterricht ist dem Distanzunterricht vorzuziehen“ – absolut richtig! Gleichzeitig soll schon wieder einmal die „Digitalisierung“ helfen (der medienwirksame 500 Millionen Digitalisierungsturbo). Aber mit Rechnern für alle SchülerInnen und LehrerInnen wird das strukturelle Problem nicht gelöst. Deutschland ist bei der Digitalisierung der Schulen, wie auch in anderen Bereichen der Digi-

talisierung, Entwicklungsland. Doch hilft Aktionismus in der jetzigen Situation dem Präsenzunterricht (LehrerInnen und SchülerInnen in einem Klassenraum) rein gar nichts. Die Investition von Hunderten Millionen Euro in Computer aus den USA, Korea und Taiwan, darf nur mit einem schlüssigen Unterrichtskonzept erfolgen und erst dann, wenn die akuten Probleme gelöst sind.

Seit langem ist bekannt (Ischgl, Tönies, Wiesenhof ...), dass Aerosole eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung des Corona-Virus spielen – Stichwort „Superspreader“. Außerdem ist klar, dass das Risiko in einem Flugzeug infiziert zu werden, durch die dort vorhandene Hepa-Filtertechnik nahezu ausgeschlossen ist. Warum haben dann eigentlich Busse und Bahnen keine Hepa-Filter? Jetzt zeigen uns wissenschaftliche Untersuchungen der Bundeswehr-Universität in Neuburg, dass mobile Hepa-Luftreinigungsanlagen mit H14 Standard die Konzentration von virenbelasteten Aerosolen in geschlossenen Räumen erfolgreich senken und das Risiko einer Coronainfektion entscheidend reduzieren können. Die BürgerInnen sollten also wieder, wie bei den Masken, aktiv werden und den Einsatz dieser Hepa-Filter fordern und vor dem Winter durchsetzen. Denn noch einmal dürfen Kinder, ErzieherInnen, LehrerInnen und Eltern nicht die Dummen in dieser Krise sein. Die Kosten bei einem flächendeckenden Einsatz der Filtergeräte aus Deutschland liegen bei circa 100€ pro Kind. Lasst uns gemeinsam #AktivGegenCorona werden, unsere Kinder schützen und gleichzeitig die heimische Wirtschaft ankurbeln.

Ralf Bönnemann

Abbildungen:

Fotos: P. Lemmen, M. Weiß
Corona Virus: Wikipedia/ Public Health Image Library/ public domain
Lageplan: P. Lemmen,
Kartengrundlage Open Streetmap

<https://spd-oberschleissheim.de>

<https://www.facebook.com/spd.oberschleissheim>

Impressum: Herausgeber SPD-Ortsverein Oberschleißheim
V.i.S.d.P.: Maximilian Weiß, Schwabmayrstr. 3 / 85764 Oberschleißheim
Druck: flyeralarm GmbH / Alfred-Nobel-Str. 18 / 97080 Würzburg